

Fragen

für die Fragestunde der 22. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 21. März 2018

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Bause, Margarete (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	34	Hoffmann, Christoph, Dr. (FDP)	27, 28
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	62, 63	Holtz, Ottmar von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	12, 100
Bellmann, Veronika (CDU/CSU)	67	Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	22, 23
Boehringer, Peter (AfD)	3, 4	Janecek, Dieter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	19, 20
Brandner, Stephan (AfD)	7, 36	Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	17, 18
Chrupalla, Tino (AfD)	55, 56	Kappert-Gonther, Kirsten, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	74, 75
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	25, 26	Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	98, 99
De Masi, Fabio (DIE LINKE.)	48, 83	Keul, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	35
Dröge, Katharina (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	44, 54	Kober, Pascal (FDP)	52, 53
Ebner, Harald (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	64, 90	Kotré, Steffen (AfD)	76, 88
Ehrhorn, Thomas (AfD)	13	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	40, 89
Faber, Marcus, Dr. (FDP)	59	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	79, 86
Fischer, Axel E. (Karlsruhe-Land) (CDU/CSU)	16, 87	Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	43, 81
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	77, 78	Kühn, Christian (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	10, 11
Gelbhaar, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	21, 80	Künast, Renate (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	82, 95
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	24	Lemke, Steffi (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	65, 91
Hahn, André, Dr. (DIE LINKE.)	32, 33		
Hoffmann, Bettina, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	66, 92		

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Liebich, Stefan (DIE LINKE.)	37	Saathoff, Johann (SPD)	57, 58
Lucassen, Rüdiger (AfD)	60, 61	Sattelberger, Thomas, Dr. h. c. (FDP)	93, 94
Nestle, Ingrid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	41, 42	Schmidt, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5, 6
Neumann, Martin, Dr. (FDP)	38	Schmidt, Uwe (SPD)	84, 85
Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	29, 30	Schreiber, Eva-Maria Elisabeth (DIE LINKE.)	96, 97
Pau, Petra (DIE LINKE.)	14, 15	Springer, René (AfD)	31
Polat, Filiz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	49, 50	Strasser, Benjamin (FDP)	45, 46
Renner, Martina (DIE LINKE.)	9, 47	Werner, Katrin (DIE LINKE.)	68, 69
Rottmann, Manuela, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	70, 71	Willsch, Klaus-Peter (CDU/CSU)	1, 2
Rüffer, Corinna (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	72, 73	Zdebel, Hubertus (DIE LINKE.)	39
		Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)	8, 51

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat	5
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ...	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	18
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	19
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	21
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	21
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	23
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	26
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	28
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	29

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

1. Abgeordneter
Klaus-Peter Willsch
(CDU/CSU) Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus dem gemeinsamen Papier der Finanzminister der Niederlande, Irlands, Dänemarks, Schwedens, Finnlands, Litauens, Lettlands und Estlands zu den Vorschlägen zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion (vgl. FAZ vom 7. März 2018)?

2. Abgeordneter
Klaus-Peter Willsch
(CDU/CSU) Über welche Informationen verfügt die Bundesregierung in Bezug auf das Volumen notleidender Kredite in den einzelnen Mitgliedstaaten der Wirtschafts- und Währungsunion?

3. Abgeordneter
Peter Boehringer
(AfD) Inwieweit hat sich die Haltung der Bundesregierung zur Vergemeinschaftung der Schulden in der Euro-Zone vor dem Hintergrund der Äußerungen der Bundeskanzlerin im Vorfeld des Treffens mit dem französischen Präsidenten, sie könne sich „unter gewissen Bedingungen die Vergemeinschaftung der Schulden in der Euro-Zone vorstellen“, verändert (<https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2018/03/15/deutschland-naehert-sich-der-idee-gemeinsamer-euro-schulden>)?

4. Abgeordneter
Peter Boehringer
(AfD) Welche Bedingungen müssen vor einer Vergemeinschaftung der Schulden aus Sicht der Bundeskanzlerin erfüllt sein, und bis auf welche absoluten oder relativen Schwellen (in Prozent der Gesamtkreditsummen der Banken) müssen die sogenannten non-performing loans in den Bankbilanzen geschrumpft sein, bis die Bundesregierung eine Vergemeinschaftung der Schulden und der Einlagensicherungssysteme der Banken als möglich ansieht?

5. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist der Zeitplan der Bundesregierung zur Einführung einer Grundsteuer C, und wie hoch ist nach Kenntnis bzw. Schätzung der Bundesregierung die maximale Zahl der Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer, die von dieser Steuer betroffen wären?
6. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Maßnahmen will die Bundesregierung ergreifen, die Kfz-Steuern, die z. B. allein in 2016 in Deutschland in Höhe von 1,2 Mrd. Euro durch den Abgasskandal der Autoindustrie dem Fiskus entgangen sind, nachzufordern (www.tagesschau.de/inland/steuerverlust-abgaswerte-101.html und NÜRNBERGER Nachrichten: „Diesel-Betrug schadet der Staatskasse“ vom 12. März 2018), und wer wird diese Steuern dann ggf. nachzahlen müssen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat

7. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)
- Auf welche Höhe belaufen sich seit dem Jahr 2000 jährlich die Gesamtkosten des Bundes für die Amtsbezüge und Ruhebezüge, die im Zusammenhang mit dem Amt des Parlamentarischen Staatssekretärs entstehen?
8. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie viele Stellen waren nach Kenntnis der Bundesregierung jeweils Ende der Jahre 2009, 2011, 2013, 2015, 2016 und 2017 im öffentlichen Dienst unbesetzt (unterschieden nach insgesamt, Bund, Ländern und Kommunen)?
9. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Wie viele Personen in welchen Bundesländern umfasst nach Kenntnis von BKA, BfV und BND das Netzwerk von Combat 18 in Deutschland?

10. Abgeordneter
Christian Kühn
(Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist der genaue Zeitplan für die im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD angekündigte Einführung des Baukindergeldes und des Gesetzespaketes „Wohnraumoffensive“ (Abschnitt IX des Koalitionsvertrags)?
11. Abgeordneter
Christian Kühn
(Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann wird das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat das Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen fortsetzen, und welche Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden eingeladen (bitte einzeln auflisten)?
12. Abgeordneter
Ottmar von Holtz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Sind aufgrund der jüngeren Anschlagsserie auf türkische Einrichtungen und Moscheen, wie sie beispielsweise in der Online-Ausgabe des „DER TAGESSPIEGEL“ beschrieben werden (www.tagesspiegel.de/politik/anschlaege-auf-tuerkische-einrichtungen-kurden-konflikt-erreicht-deutschland/21058204.html), besondere Sicherheitsvorkehrungen durch die Bundesbehörden geplant?
13. Abgeordneter
Thomas Ehrhorn
(AfD)
- Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Anzahl der Gewaltdelikte mit Stichwaffen in der Bundesrepublik Deutschland seit 2007 bis heute entwickelt?
14. Abgeordnete
Petra Pau
(DIE LINKE.)
- Trifft es zu, dass die Bundesregierung – wie der „DER TAGESSPIEGEL“ vom 15. März 2018 berichtet – per Erlass die Auszahlung eines Preisgeldes aus dem Bundesprogramm „Bündnis für Demokratie und Toleranz“ an die Initiative „Bündnis Neukölln“ gestoppt hat, und wenn ja, was sind die genauen Gründe dafür, die Gelder für das geplante Festival „Offenes Neukölln“ für ein „vielfältiges und solidarisches Neukölln“ nicht auszahlen zu wollen?
15. Abgeordnete
Petra Pau
(DIE LINKE.)
- Trifft es zu, dass im Beirat vom „Bündnis für Demokratie und Toleranz“ zunächst eine klare Mehrheit für die Neuköllner war (DER TAGESSPIEGEL vom 15. März 2018), und wenn ja, was genau hat sich im Beirat – nach Kenntnis der Bundesregierung – ereignet, dass sich die Mehrheit im Beirat den Vorbehalten der Vertreter des

Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat, des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz und des Bundesamts für Verfassungsschutz anschlossen?

16. Abgeordneter
Axel E. Fischer
(**Karlsruhe-Land**)
(CDU/CSU)
- Plant die Bundesregierung zur Linderung von Problemen bei der Durchführung von Sprach- und Integrationskursen für Zugewanderte (vgl. Antwort der Bundesregierung zu Frage 44, Bundestagsdrucksache 19/886; www.taz.de/!5486010/) eine Ausdifferenzierung des Unterrichtsangebotes dahingehend, dass motivierte und/oder besonders begabte Teilnehmer bzw. unmotivierte und/oder weniger begabte Teilnehmer getrennt unterrichtet werden, um durch entsprechend zugeschnittene Unterrichtsangebote den unterschiedlichen Personengruppen jeweils einen möglichst zügigen und erfolgreichen Integrationsfortschritt zu ermöglichen, und wenn nein, warum nicht?
17. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Was war der konkrete Anlass bzw. die Begründung dafür, die Weisung innerhalb des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zur Gewährung von Familienasyl zu ändern, insbesondere hinsichtlich der Frage, ob die stammbezogene Person zum Zeitpunkt der Asylantragstellung oder zum Zeitpunkt der Asylentscheidung minderjährig ist (vgl. www.asyl.net/startseite/artikel/60709.html), und wie ist diese Änderung nach Auffassung der Bundesregierung mit dem EU-Recht und der diesbezüglichen Rechtsprechung der deutschen Gerichte vereinbar (vgl. die a. a. O. zitierte Rechtsprechung; bitte begründet darlegen)?
18. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Wie ist die Aussage des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister des Innern zum Tagesordnungspunkt 3 des Innenausschusses des Deutschen Bundestages vom 28. Februar 2018, die Asylzahlen seien zurückgegangen, weil Ungarn die Außengrenzen schütze, und er wisse gar nicht, warum Ungarn kritisiert werde, außer, dass es im Rahmen des Dublin-Systems keine Personen zurücknehme, damit vereinbar, dass die Bundesregierung an anderer Stelle erklärt hat, dass sie dem ungarischen Ministerpräsidenten nicht dankbar dafür ist, was er an den Grenzen macht (vgl. Bundestagsdrucksache 18/12622, Antwort zu Frage 4), und inwieweit ist beabsichtigt, Asylsuchende im

- Rahmen des Dublin-Systems nach Ungarn abzuschieben, wenn individuelle Zusicherungen der ungarischen Seite vorliegen, obwohl unverändert ein asylrechtliches Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn läuft und die Bundesregierung „deutliche Zweifel“ geäußert hat, ob die ungarische Asylgesetzgebung mit EU- und internationalem Recht vereinbar ist (Bundestagsdrucksache 19/921, Antworten zu den Fragen 14 und 15; bitte begründen)?
19. Abgeordneter
Dieter Janecek
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Über welche Stellen tauscht sich die Bundesregierung mit ihren europäischen Partnern über die jüngst erfolgten Hacker-Angriffe aus, von denen neben der Bundesrepublik Deutschland zahlreiche andere europäische Staaten betroffen waren (während Staaten wie beispielsweise Estland ihre Regierungsnetze erfolgreich schützen konnten, siehe WirtschaftsWoche vom 13. März 2018), und welche Staaten sieht die Bundesregierung als Benchmarks im Bereich IT-Sicherheit an?
20. Abgeordneter
Dieter Janecek
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Existiert für die Einführung des im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD angekündigten Gütesiegels für IT-Sicherheit bereits eine erste Zeitplanung, und wo soll nach Auffassung der Bundesregierung die Grenze zwischen verpflichtenden Mindeststandards bei IT-Sicherheit und über diese Mindeststandards hinausgehenden Sicherheitsmerkmalen, die mit einem Gütesiegel ausgezeichnet werden sollen, gezogen werden?
21. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Waren der Bundesregierung die Sicherheitslücken, über welche die Hacker-Angriffe auf Netzwerke der Bundesregierung stattfanden bzw. stattfinden, bekannt, und um welche proprietäre Software handelt es sich bei den Softwaresystemen, auf welche die Angriffe ausgerichtet wurden?
22. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Inwiefern beinhaltet der für tunesische Polizeibedienstete beim Bundeskriminalamt in Wiesbaden durchgeführte Lehrgang zu „Aspekte[n] der Cyberkriminalität“ und „Überwachung der Telekommunikation als Instrument der Ermittlungen im Internet unter besonderer Berücksichtigung der deutschen rechtlichen Rahmenbedingungen“ auch die staatliche Nutzung von Schadsoftware

(„Trojaner“) auf Computern oder Mobilgeräten (Bundestagsdrucksache 19/989, Antwort zu Frage 9), und welche anderen ausländischen Polizeibehörden oder Geheimdienste haben seit 2015 an Veranstaltungen des BKA teilgenommen, in denen die staatliche Nutzung von Schadsoftware geschildert wurde?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

23. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- In welcher Form hat die Bundesregierung im Fall des Ex-Spions Sergej Skripal darauf hingewirkt, dass die britische Regierung sich an das von der Organisation für das Verbot chemischer Waffen in Artikel IX festgelegte Procedere zu Konsultationen, Kooperationen und Fact-Finding hält, bevor verschiedene Mitglieder der Bundesregierung öffentlich die in diesem Fall von britischer Seite erhobenen Anschuldigungen gegen die Regierung der Russischen Föderation übernahmen (FAZ vom 15. März 2018), und wie wird sich die Bundesregierung auf der Sitzung des Europäischen Rates am 22./23. März 2018 zu dem Fall Skripal positionieren?
24. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Auf welche belastbaren Beweise stützt die Bundesregierung ihre Vorwürfe gegen die russische Regierung im Fall des Anschlages auf einen ehemaligen russischen Geheimdienstmitarbeiter in Großbritannien (FAZ vom 15. März 2018), und wie bewertet sie die Bestätigung der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) vom 27. September 2017, der zufolge die russischen Chemiewaffen unter Beobachtung der OPCW vollständig vernichtet worden sind?
25. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Welche konkreten und für einen Rechtsstaat erforderlichen (auch nachrichtendienstlichen) Kenntnisse hat die Bundesregierung, auf die der neue Bundesaußenminister Heiko Maas sein Verständnis für die von Großbritannien verhängten Sanktionen gegen Russland im Zusammenhang mit der Forderung nach Folgen für die Täter stützt, vor dem Hintergrund, dass Großbritannien bislang keinerlei Beweise für eine mögliche russische Schuld vorgelegt hat (www.tagesschau.de/)

kommentar/skripal-111.html), und inwieweit kann die Bundesregierung ausschließen, dass – sofern es sich bei dem Attentat auf Sergej Skripal um ein Mittel aus der Gruppe der Nowitschok-Nervengifte handelt – kein Dritter auch außerhalb Russlands in der Lage ist, Nowitschok-Gifte herzustellen bzw. in seinem Besitz zu haben, so dass allein der Giftnachweis Beleg für die Schuld Russlands sei (www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/fall-sergei-skripal-was-ist-das-nervengift-nowitschok-a-1197789.html)?

26. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)

Inwieweit wird sich die Bundesregierung – vor dem Hintergrund, dass bei der Vergabe von EU-Finanzhilfen an die Türkei (sogenannte Heranführungshilfen), die für den Zeitraum von 2007 bis 2020 in Höhe von über 9 Mrd. Euro zugesagt wurden, nach Einschätzung des Europäischen Rechnungshofs jahrelang schwerwiegende Fehler dahingehend gemacht wurden, dass die Vergabe der Mittel nicht in ausreichendem Maß an Bedingungen geknüpft und nicht ausreichend auf einige der grundlegendsten Anforderungen wie die Unabhängigkeit und Unparteilichkeit der Justiz, die Bekämpfung von Korruption oder die Pressefreiheit ausgerichtet ist (dpa vom 14. März 2018) – dafür einsetzen, dass die Heranführungshilfen für die Türkei eingestellt bzw. auf einen symbolischen Wert reduziert werden, und inwieweit sind nach Kenntnis der Bundesregierung angesichts der menschenrechtlichen und rechtsstaatlichen Situation in der Türkei die bisherigen Heranführungshilfen erfolglos geblieben, da Fortschritte in Bereichen wie der Unabhängigkeit und Unparteilichkeit der Justiz, der Bekämpfung von Korruption oder der Pressefreiheit vom politischen Willen der türkischen Behörden abhängig sind (dpa vom 14. März 2018)?

27. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP)

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, die ein Wiedererstarken des IS aufgrund der türkischen Militäroffensive in Syrien befürchten lassen?

28. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den Aussagen des türkischen Außenministers, nach der Eroberung Afrins auch die Kurden im Nordirak militärisch bekämpfen zu wollen, und wie gewährleistet die Bundesregierung den Schutz der Kurden bzw. der kurdischen Einheiten im

Nordirak, die von Deutschland ausgebildet wurden (www.handelsblatt.com/politik/international/kampf-gegen-pkk-tuerkei-plant-naechsten-militaereinsatz-diesmal-im-irak/21048280.html)?

29. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Auswirkungen auf das Verfahren zur Bearbeitung der individuellen Gefährdungsanzeigen von ehemaligen und aktuellen afghanischen Mitarbeitern des deutschen Einsatzkontingents (Ortskräfte) ergeben sich aus der Entscheidung der Bundesregierung, die Unterstützung dieser Verfahren nicht mehr als Aufgabe der Bundeswehr im Rahmen von Resolute Support aufzuführen (vgl. dazu die Bundestagsdrucksachen 19/21 und 19/1094)?
30. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Bestandteile bei den Themen Flucht und Migration sind für die Bundesregierung Voraussetzung für die Zusage von Mitteln aus dem „Stabilisierungspakt Afghanistan“ (Bundestagsdrucksache 19/1094, S. 6)?
31. Abgeordneter
René Springer
(AfD)
- Warum kommt die Bundesregierung der Forderung der Taliban nicht nach, die nach Angaben des Zentrums für Internationale Friedenseinsätze (www.zif-berlin.org/fileadmin/uploads/analyse/dokumente/veroeffentlichungen/ZIF_kompakt_2018/ZIF_kompakt_Resolute_Support_M%C3%A4rz2018.pdf) den Abzug der internationalen Truppen aus Afghanistan zur zentralen Forderung für ihre Teilnahme an einem Friedensprozess gemacht haben, und welche alternativen Angebote an die Taliban hält die Bundesregierung für vertretbar, um die Taliban zur Teilnahme an einem Friedensprozess zu bewegen?
32. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
- Welche Maßnahmen und Regelungen umfasst das vom UN-Sonderberichterstatter Joseph Cannataci auf der 37. Sitzung des UN-Menschenrechtsrates in Genf vorgeschlagene Abkommen zur Begrenzung von gegenseitiger Überwachung durch Geheimdienste und Sicherheitsbehörden, und wel-

che Staaten waren nach Kenntnis der Bundesregierung bereit, einem solchen Abkommen beizutreten (siehe www.heise.de vom 6. März 2018)?

33. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)

Welche Überlegungen liegen der laut Medienberichten (www.heise.de vom 6. März 2018) getroffenen Entscheidung der Bundesregierung zugrunde, einem solchen Abkommen nicht beizutreten, und in welcher Weise wurden das Parlamentarische Kontrollgremium sowie weitere Gremien des Bundestages über diesen Vorschlag und die Position der Bundesregierung dazu informiert?

34. Abgeordnete
Margarete Bause
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung hinsichtlich ihrer militärischen und politischen Kooperation mit der libyschen Einheitsregierung aus dem Bericht der Vereinten Nationen, der der „Special Deterrence Force“ – einer dem libyschen Innenministerium unterstellten Sondereinheit – Folter, Erpressung, Menschenhandel und schwere Menschenrechtsverletzungen vorwirft (vgl. u. a. www.tagesschau.de/ausland/libyen-milizen-101.html vom 15. März 2018 – 14:17 Uhr), und welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung angesichts dieser Vorwürfe zu ergreifen, um Geflüchtete zu schützen, die nach ihrer Erstversorgung an die – ebenfalls dem libyschen Innenministerium unterstellte – staatliche Behörde für Migrationsbekämpfung (DCIM) übergeben werden (vgl. Antwort der Bundesregierung zu Frage 5 auf Bundestagsdrucksache 19/571)?

35. Abgeordnete
Katja Keul
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Erkenntnis zieht die Bundesregierung aus der vom Auswärtigen Amt mitfinanzierten Studie „Weapons of the Islamic state“ (www.conflictarm.com/publications/) für die anstehende Überarbeitung des Gemeinsamen Standpunkts der EU für den Export von Rüstungsgütern, insbesondere mit Blick auf die Sicherstellung des Endverbleibs und die Möglichkeit von Sanktionen gegen EU-Mitgliedstaaten, wenn diese, wie in der vorliegenden Studie nachgewiesen, gegen bindende EU-Vorgaben verstoßen?

36. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)
- Ist es zutreffend, dass die stellvertretende deutsche Botschafterin in Uganda die „englische Sprache nicht sicher“ beherrscht, wie die Staatsanwaltschaft Berlin in der Einstellungsverfügung vom 16. Februar 2018 im Fall Kochendörfer, die in einem Interview behauptet hatte: „We have now Nazis in the German Bundestag“, anführt, und welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um gegebenenfalls die Fremdsprachenfähigkeiten der stellvertretenden Botschafterin in Uganda zu verbessern?
37. Abgeordneter
Stefan Liebich
(DIE LINKE.)
- Orientiert sich das Auswärtige Amt in den einschlägigen offiziellen Verzeichnissen bei der historischen Datierung der Aufnahme diplomatischer Beziehungen Deutschlands zu anderen Staaten sowie der Einrichtung von Botschaften dort durchgängig an der alten Bundesrepublik Deutschland, selbst wenn die DDR zu einem betreffenden Land bereits früher diplomatische Beziehungen unterhalten hatte als die Bundesrepublik Deutschland oder das vereinigte Deutschland, und wie verträgt sich diese Praxis gegebenenfalls mit dem Anspruch einer Wiedervereinigung beider deutscher Staaten auf gleicher Augenhöhe?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

38. Abgeordneter
Dr. Martin Neumann
(FDP)
- Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um die Gasversorgungssicherheit in Deutschland zu gewährleisten, für den Fall, dass die Niederlande die Erdgasförderung in Groningen drastisch zurückfahren, und wurde ein solches Risikoszenarium im Netzentwicklungsplan bereits vorgesehen (Hamburger Abendblatt vom 12. Februar 2018 „Das große Beben in der Gaswirtschaft“)?
39. Abgeordneter
Hubertus Zdebel
(DIE LINKE.)
- Wann genau (Datum bitte) wird nach Kenntnis der Bundesregierung das internationale Schiedsgericht ICSID (International Centre for Settlement of Investment Disputes) in Washington seine Entscheidung über die Schadenersatzklage des schwedischen Konzerns Vattenfall gegen die Bundesrepublik Deutschland wegen des sogenannten Atomausstiegs verkünden, und welche

Kosten (bitte aufschlüsseln nach Personalkosten, Anwalts- und Beratungskosten, Hilfsdienstleistungen, Dokumentenmanagement, Verfahrens- und Gerichtskosten etc.) fielen bis jetzt seit Beginn des Verfahrens im Jahr 2012 bei der Bundesregierung an?

40. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Frist gilt für die Schriftsätze, die die Bundesregierung und die Gegenseite im Streitverfahren ARB/12/12 vor dem Internationalen Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (ICSID) – Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland wegen der 13. Atomgesetzesnovelle im Jahr 2011 – nach Aufforderung des ICSID vom 6. März 2018 abgeben sollen (vgl. Antwort der Bundesregierung vom 15. März 2018 auf meine Schriftliche Frage auf Bundestagsdrucksache 19/1241), und welchen Zeitplan hat die Bundesregierung für das Gesetz zur Umsetzung des Bundesverfassungsgerichtsurteils vom 6. Dezember 2016 zur 13. Atomgesetzesnovelle nach aktuellem Stand vorgesehen (bitte mit terminlicher Angabe aller bereits avisierten Meilensteine wie Referentenentwurf, Länder- und Verbändeanhörung, erste Kabinettsbefassung, Kabinettsbeschluss, Einbringung in Bundestag und Bundesrat; vgl. hierzu Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 30 in der Fragestunde vom 21. Juni 2017, Plenarprotokoll 18/239, Anlage 22)?

41. Abgeordnete
Ingrid Nestle
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche konkreten Maßnahmen plant die Bundesregierung, um den hohen Erzeugungssockel der konventionellen Stromerzeugung (Must-Run-Erzeugung) von derzeit rund 20 Gigawatt (GW) zu verkleinern (siehe Consentec-Studie „Konventionelle Mindestenerzeugung“, Abschlussbericht 25. Januar 2016)?

42. Abgeordnete
Ingrid Nestle
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Kostenersparnis würde nach Kenntnis der Bundesregierung entstehen, wenn der konventionelle Stromerzeugungssockel (Must-Run-Erzeugung) um ca. 1 000 Megawatt (MW) reduziert wird?

43. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Auf welchen Betrag soll die Kaufprämie für Elektrofahrzeuge, wie im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vorgesehen, für Taxen und leichte Nutzfahrzeuge erhöht werden (vgl. www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2018/03/2018-03-14-koalitionsvertrag.pdf?__blob=publicationFile&v=1, S. 76), und ab wann kann diese erhöhte Kaufprämie abgerufen werden?
44. Abgeordnete
Katharina Dröge
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann rechnet die Bundesregierung mit einem politischen Abschluss des Freihandelsabkommens zwischen der EU und den Staaten des Mercosur, und wann werden nach Einschätzung der Bundesregierung die Mitgliedstaaten im Rat der EU über das Abkommen entscheiden?
45. Abgeordneter
Benjamin Strasser
(FDP)
- Wie bewertet die Bundesregierung den Einsatz von barrierefreien Notruf-Apps, die Menschen mit Hör- und Sprachbehinderung eine direkte Verbindung per Knopfdruck zu den Polizeidienst-, Rettungsdienst- und Feuerwehrdienststellen ermöglicht, und in welcher Form plant die Bundesregierung eine Förderung derartiger Projekte?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

46. Abgeordneter
Benjamin Strasser
(FDP)
- Plant die Bundesregierung eine Reform der §§ 474 ff. StPO im Hinblick auf die fehlende gesetzliche Grundlage von Akteneinsichtsrechten von Sonderermittlern (beispielsweise des Berliner Sonderermittlers Bruno Jost; vgl. DER TAGES-SPIEGEL vom 16. Mai 2017), und falls ja, welche Regelungen sieht sie vor?
47. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Führt der Generalbundesanwalt ein Ermittlungsverfahren nach § 129 bzw. § 129a StGB gegen mutmaßliche Aktivisten des neonazistischen Combat-18-Netzwerks?

48. Abgeordneter
Fabio De Masi
(DIE LINKE.)
- In wie vielen Fällen und in welchem Gesamtwert wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2008 bis 2017 jeweils im Zusammenhang mit Steuerstraftaten (§ 370 der Abgabenordnung sowie ggf. weitere gesetzliche Grundlagen) bzw. Geldwäsche (§ 261 des Strafgesetzbuchs – StGB) mittels der §§ 73 ff. StGB Vermögenswerte eingezogen bzw. abgeschöpft (bitte nach Steuerstraftaten und Geldwäsche sowie Jahren aufschlüsseln)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

49. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie vielen Personen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2012 bis 2017 Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz gemäß § 1a AsylbLG gekürzt, und falls eine solche Datenerhebung nicht durchgeführt wird, wäre es nicht essenziell, solche Daten zu erheben?
50. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern ist die Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes vom 10. Dezember 2014 (BGBl. I S. 2187) geeignet, den Vorwurf der Verfassungswidrigkeit zu entkräften, den diverse Sozialgerichte (z. B. das SG Altenburg (AZ: S 21 AY 3362/12 ER), SG Düsseldorf (AZ: S 17 AY 81/12 ER) und SG Lüneburg (AZ: S 26 AY 4/11) – mit Blick auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 18. Juli 2012 – erhoben hatten, als diese urteilten, dass Leistungskürzungen nach § 1a AsylbLG – mit Blick auf die Unantastbarkeit der Menschenwürde – dann verfassungswidrig sind, wenn das Instrument der Leistungskürzung als Druckmittel gegen Schutzsuchende eingesetzt werde?

51. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie hoch war nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2015, 2016 und 2017 der Kreis der potenziell – d. h. ohne Berücksichtigung konkreter Bedarfe – Leistungsberechtigten nach § 19 Absatz 2, § 28 SGB II (Bedarfe für Bildung und Teilhabe), und wie viele nahmen jeweils die Leistungen in Anspruch (bitte zusätzlich nach Leistungsarten aufschlüsseln)?
52. Abgeordneter
Pascal Kober
(FDP)
- Wie viele erfolgreiche Integrationen konnten durch das ESF-Bundesprogramm zur Eingliederung langzeitarbeitsloser Leistungsberechtigter bisher erreicht werden?
53. Abgeordneter
Pascal Kober
(FDP)
- Wie viele Personen fallen derzeit unter die Regelung des § 53a Absatz 2 SGB II und gelten somit trotz ihrer faktischen Arbeitslosigkeit als nicht arbeitslos?
54. Abgeordnete
Katharina Dröge
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele ehemalige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Air Berlin sind nach Kenntnissen der Bundesregierung derzeit noch arbeitslos bzw. arbeitsuchend gemeldet (bitte nach Position bei Air Berlin aufschlüsseln wie Flugbegleiter, Pilot, Technik etc.)?
55. Abgeordneter
Tino Chrupalla
(AfD)
- Wie hoch waren nach Kenntnis der Bundesregierung die im Jahr 2017 von den Arbeitgebern insgesamt geleisteten bzw. eingezogenen Zahlungen für die Urlaubskasse der Malerkasse?
56. Abgeordneter
Tino Chrupalla
(AfD)
- Wie hoch waren nach Kenntnis der Bundesregierung die im Jahr 2017 erfolgten Auszahlungen der Urlaubskasse der Malerkasse
- an die Arbeitnehmer,
 - an die Arbeitgeber?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

57. Abgeordneter
Johann Saathoff
(SPD) Aus welchen Gründen wurde das Konsortium von thyssenkrupp und Lürssen bereits vorzeitig aus dem Vergabeverfahren des Mehrzweckkampfschiffes (MKS) 180 ausgeschlossen (www.welt.de/regionales/hamburg/article174125054/MKS180-ThyssenKrupp-und-Luerssen-sollen-neue-Fregatte-nicht-bauen.html), und welche Auswirkungen erwartet die Bundesregierung von dem Ausschluss des Konsortiums auf den Hochtechnologiestandort Deutschland und die Beschäftigungsverhältnisse im deutschen Marineschiffbau?
58. Abgeordneter
Johann Saathoff
(SPD) Wann ist damit zu rechnen, dass der Überwasserschiffbau wieder als Schlüsseltechnologie definiert wird, wie es in den letzten zwei „maritimen“ Anträgen der Fraktionen CDU/CSU und SPD (Bundestagsdrucksachen 18/11725 und 18/6328) und im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vereinbart wurde?
59. Abgeordneter
Dr. Marcus Faber
(FDP) In welchen Truppengattungen können in welchem Umfang Soldatinnen und Soldaten aufgrund der Einsatzbelastung, das heißt Einsatzdauer und Einsatzhäufigkeit, nicht die Einsatzsystematik 4/20 (vier Monate Stehzeiteinsatz/20 Monate Regeneration) einhalten?
60. Abgeordneter
Rüdiger Lucassen
(AfD) Durch welche Nation werden die deutschen Transporthubschrauber (insbesondere die Fähigkeit MedEvac) ersetzt, die am 30. Juni 2018 aus dem Einsatz in Mali herausgelöst werden, und wirkt sich ein Verlust der Kapazität MedEvac auf den Operationsradius der in Gao stationierten deutschen Truppen aus (Meldung Director Logistic Support Division der Vereinten Nationen vom 10. Mai 2017 gemäß dem „Letter of Assist 2017-59“ (SCN 1000308644) und dem „Letter of Assist 2017-068“ (SCN 1000308646))?

61. Abgeordneter
Rüdiger Lucassen
(AfD)
- Welche Kenntnisse liegen der Bundesregierung zu Plänen Frankreichs vor, die Trainingsmission in Mali auf die gesamte Sahelzone auszuweiten (Meldung Director Logistic Support Division der Vereinten Nationen vom 10. Mai 2017 gemäß dem „Letter of Assist 2017-59“ (SCN 1000308644) und dem „Letter of Assist 2017-068“ (SCN 1000308646))?
62. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit treffen Medienberichte (www.dw.com/de/logistik-kommando-der-nato-soll-nach-deutschland/a-42601342) zu, nach denen die Bundesregierung dem NATO-Verteidigungsminister-Rat am 14. Februar 2018 den Aufbau eines neues NATO-Kommandozentrums für schnellen Transport und Logistik in Deutschland angeboten hat und dieses im Raum Köln oder Ulm errichten lassen will, und wie hoch schätzt die Bundesregierung die Errichtungs- und vor allem Folgekosten dieses Angebots für Deutschland (das laut Bayerischem Rundfunk vom 14. Februar 2018 „den Löwenanteil bezahlen müsste“; www.br.de/nachrichten/deutschland-bietet-neues-nato-kommando-an-100.html) ein?
63. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Gegen wie viele Soldaten und Reservisten ermittelt die Bundeswehr, weil sie im Verdacht stehen, als sogenannte militante Prepper oder in rechtsgerichteten Organisationen, etwa den Vereinigungen Nordkreuz, Südkreuz oder Europäische Aktion (EA), aktiv zu sein beziehungsweise in diesen Zusammenhängen zu verkehren, und wie viele Soldaten und Reservisten wurden seit 2016 deswegen jeweils disziplinarisch sanktioniert, das heißt, bis hin zum Ausschluss aus der Bundeswehr oder dem Reservistenverband?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

64. Abgeordneter
Harald Ebner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft mit seiner neuen Bundesministerin Julia Klöckner daran festhalten, die EFSA-Risikoprüfung der drei Neonikotinoide Imidacloprid, Clothianidin und Thiamethoxam vom 28. Februar 2018 zunächst noch einmal auf nationaler Ebene zu prüfen, um „das Ergebnis dieser Prüfung in die

deutsche Position für die entscheidungsrelevanten Sitzungen einfließen“ zu lassen, wie es der bisherige Bundesminister Christian Schmidt zuletzt geplant hat, oder gilt jetzt wieder dessen Aussage vom 4. Dezember 2017 in der Fernsehshow Hart aber Fair: „wenn sich in der EFSA-Studie herausstelle, dass die Stoffe schädlich seien, dann müssten sie komplett verboten werden“ (Quelle für beide Aussagen: www.faz.net/aktuell/wissen/leben-gene/nach-insektensterbenbefund-stehen-neonicotinoide-vor-dem-aus-15473160.html)?

65. Abgeordnete
Steffi Lemke
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Mit welcher Fragestellung wird das Julius Kühn-Institut (JKI) die Risikoprüfung der European Food and Safety Authority (EFSA) zu den drei Neonicotinoiden Imidacloprid, Clothianidin und Thiamethoxam vom 28. Februar 2018 zunächst noch einmal auf nationaler Ebene prüfen (www.faz.net/aktuell/wissen/leben-gene/nach-insektensterbenbefund-stehen-neonicotinoide-vor-dem-aus-15473160.html), und wie wird sich die Bundesregierung in der EFSA-Abstimmung positionieren, wenn das JKI die EFSA-Ergebnisse stützt?

66. Abgeordnete
Dr. Bettina Hoffmann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Projekte hat die Bundesregierung bzw. des Bundesamt für Risikobewertung initiiert, um mehr Wissen über die Entstehung und Folgen von Mikroplastik zu erlangen (vgl. Antwort der Bundesregierung zu der Mündlichen Frage 20 der Abgeordneten Steffi Lemke, Plenarprotokoll 19/13), und inwieweit sieht die Bundesregierung speziellen Handlungsbedarf beim Thema Trinkwasser aus Plastikflaschen, nachdem auch die Weltgesundheitsorganisation angekündigt hat, dieses Thema genauer untersuchen zu wollen (www.theguardian.com/environment/2018/mar/15/microplastics-found-in-more-than-90-of-bottled-water-study-says)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

67. Abgeordnete
**Veronika
Bellmann**
(CDU/CSU)
- Welche Informationen sind der Bundesregierung über die Inanspruchnahme von Fördermitteln im Rahmen des Aktionsprogramms „Perspektive Wiedereinstieg“ in Sachsen, insbesondere in Mittelsachsen, bekannt?
68. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Welchen Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung angesichts mir bekannt gewordener Beschwerden von Bundesfreiwilligendienstleistenden in Bezug auf die unterschiedliche individuelle Bearbeitungsdauer von teilweise mehreren Wochen bzw. Monaten von der Beantragung bis zur Ausstellung eines Freiwilligendienstausweises?
69. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung daraus, dass aus dem Freiwilligendienstausweis selbst kein Anspruch auf Vergünstigungen hergeleitet werden kann, weil diese durch die jeweiligen Stellen, also Kommunen, Verkehrsdiensteanbieter oder kulturelle Einrichtungen, selbst festgelegt werden, und inwiefern spricht sich die Bundesregierung für eine bundesweite einheitliche Regelung aus?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

70. Abgeordnete
**Dr. Manuela
Rottmann**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Trifft die Aussage der Kassenärztlichen Bundesvereinigung zu, dass bei rechnerischer „Überversorgung“ nach der bestehenden Bedarfsplanung keine zusätzlichen Sitze für Kinder- und Jugendärzte ausgeschrieben werden dürfen (www.sueddeutsche.de/bayern/gesundheits-bayerns-kinderaerzte-sind-am-limit-1.3769153), obwohl in einem Planungsgebiet vor dem Hintergrund deutlich gesteigener zeitlicher Belastungen von Kinder- und Jugendärzten (Zunahme der U-Untersuchungen, Zunahme der empfohlenen Impfungen, Zunahme der Pflichten zur Vorlage von ärztlichen Attesten in Kinderbetreuungseinrichtungen etc.) die Zahl der rechnerisch zu versorgenden Kinder und Jugendlichen

je Kinderarzt in der Praxis deutlich und dauerhaft überschritten wird und/oder die vorhandenen Kinderärzte nicht nur vorübergehend Aufnahme-stopps für neue Patienten verhängt haben?

71. Abgeordnete
Dr. Manuela Rottmann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welchen Maßnahmen will die Bundesregierung sicherstellen, dass die Zulassungsausschüsse eine dem tatsächlichen Bedarf entsprechende Zahl von Kinderarztsitzen zulassen?
72. Abgeordnete
Corinna Rüffer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist aus Sicht der Bundesregierung die steigende Zahl der medizinisch indizierten Schwangerschaftsabbrüche in den letzten Jahren zu erklären (vgl. www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Gesundheit/Schwangerschaftsabbrueche/Tabellen/RechtlicheBegrueundung.html), und lässt sich nach Kenntnis der Bundesregierung ausschließen, dass die Steigerung auch durch den seit 2012 möglichen Einsatz nichtinvasiver Pränataldiagnostika wie der PraenaTest bedingt ist?
73. Abgeordnete
Corinna Rüffer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie wird sich die Bundesregierung (ggf. auch im Austausch mit den Abgeordneten des Bundestages) mit der Tatsache auseinandersetzen, dass fast alle Schwangerschaften abgebrochen werden, nachdem im Rahmen vorgeburtlicher Untersuchungen beim Fötus Trisomie 21 mit hoher Wahrscheinlichkeit festgestellt wurde (vgl. z. B. www.spiegel.de/gesundheit/diagnose/down-syndrom-sie-hat-ein-chromosom-mehr-als-wir-a-1197393.html), und wie unterstützt sie gemeinsam mit Menschen mit Down-Syndrom Ärztinnen und Ärzte dabei, es werdenden Eltern besser zu ermöglichen, sich ein realistisches Bild von einem Leben mit Down-Syndrom zu machen?
74. Abgeordnete
Dr. Kirsten Kappert-Gonther
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um den Versorgungsengpässen (vgl. Handelsblatt vom 6. März 2018) von medizinischem Cannabis entgegenzuwirken?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr
und digitale Infrastruktur**

75. Abgeordnete
**Dr. Kirsten
Kappert-Gonther**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Besteht aus Sicht der Bundesregierung Handlungsbedarf zum Umgang mit dem Gebrauch von medizinischem Cannabis und der Teilnahme am Straßenverkehr?
76. Abgeordneter
Steffen Kotré
(AfD)
- Wie steht die Bundesregierung zu den Kabotageregelungen in der EU, und beabsichtigt sie, die Kabotage in Deutschland zu beschränken (www.logistikbranche.net/dossier/auswirkung-eu-osterweiterung/veraenderung-der-wettbewerbssituation-kabotage.html)?
77. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist die Verdoppelung der Auslastung von 100 Zügen auf 200 Züge pro Tag auf der „rollenden Landstraße“ am Brenner, welche nach dem Brenner-Gipfel am 5. Februar 2018 vom ehemaligen geschäftsführenden Bundesverkehrsminister Christian Schmidt und von Bayerns Innenminister Joachim Herrmann als kurzfristig umsetzbare Lösung dargestellt wurde, bereits erreicht, und falls nein, durch welche Maßnahmen, inklusive Zeitplan, sollen die angekündigten zusätzlichen Kapazitäten auf der Schiene geschaffen werden, um die Brenner-Strecke zu entlasten und den LKW-Rückstau auf deutschen Autobahnen zu vermeiden (www.sueddeutsche.de/news/wirtschaft/verkehr---berlin-brenner-gipfel-mehr-gueter-sollen-auf-die-schiene-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-180204-99-929526)?
78. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Aufgaben versteht die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel unter jenen „Zukunftsaufgaben“ der deutschen Automobilindustrie, die von der Bundeskanzlerin im Interview mit Claus Kleber im „heute-journal“ des ZDF vom 14. März 2018 erwähnt worden sind, und mit welchen Maßnahmen, Projekten oder Arbeitspaketen wird sich die Bundeskanzlerin wie in diesem genannten ZDF-Interview mit Claus Kleber angekündigt „sehr stark einbringen, jetzt auch sehr

schnell“ einbringen, damit Deutschland „die Brücke in die Mobilität der Zukunft“ schlägt (siehe heute-journal vom 14. März 2018, www.zdf.de/nachrichten/heute-sendungen/videos/merkel-im-heute-journal-zur-autoindustrie-100.html)?

79. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Auf welcher Grundlage (bitte unter Angabe der Studien, Einschätzung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern bzw. Expertinnen und Experten etc.) kommt die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel im heute-journal des ZDF vom 14. März 2018 zur Einschätzung, dass Hardware-Nachrüstungen von Dieselfahrzeugen „drei oder vier oder fünf Jahre“ dauern, und teilt die Bundesregierung die Einschätzung des bekanntgewordenen Papiers von VW, wonach in 70 Prozent der betroffenen Dieselautos es möglich sei, eine Abgasnachbehandlung nachträglich einzubauen (s. DIE ZEIT „Internes VW-Papier: Nachrüstung zur Abgas-einrichtung möglich“ vom 14. März 2018; bitte begründen)?

80. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung die Pläne einzelner Kommunen wie z. B. Berlins (www.berlinerzeitung.de/berlin/brandenburg/diesel-debatte-die-blaue-plakette-nur-fuer-berlin-29839822) zur Einführung einer kommunalen Blauen Plakette politisch, und wie schätzt die Bundesregierung die rechtliche Umsetzbarkeit ein?

81. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Aus welchem Grund macht die Bundesregierung die Schaffung der neuen Rechtsgrundlage zur Anordnung von streckenbezogenen Verkehrsverboten oder -beschränkungen (vgl. Antwort auf die Mündliche Frage 34 des Abgeordneten Matthias Gastel, Plenarprotokoll 19/13) von den Entscheidungsgründen des Bundesverwaltungsgerichts abhängig (vgl. Antwort auf meine Schriftliche Frage 138 auf Bundestagsdrucksache 19/1126), obwohl der Sprecher des Bundesverkehrsministeriums Ingo Strater in der Regierungspressekonferenz vom 26. Februar 2018 in Bezug auf die Ankündigung in der zuvor genannten Antwort ausführte, die Maßnahme sei „unabhängig von dem

Verfahren beim Bundesverwaltungsgericht“ (vgl. www.bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2018/02/2018-02-26-regpk.html)?

82. Abgeordnete
Renate Künast
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung in dieser Legislaturperiode mit Blick auf das (teil)autonome Fahren, um einen umfassenden Datenschutz in der weiteren Novellierung des Straßenverkehrsgesetzes sicherzustellen?
83. Abgeordneter
Fabio De Masi
(DIE LINKE.)
- Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um die Einführung der von Dorothee Bär (Parlamentarische Staatssekretärin und designierte Staatsministerin für Digitalisierung) in einem „heutejournal“ Interview vom 5. März 2018 ins Gespräch gebrachten Flugtaxis in Deutschland zu prüfen bzw. vorzubereiten?
84. Abgeordneter
Uwe Schmidt
(SPD)
- Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um Schiffe in den seewärtigen Zufahrten sowie auf den nationalen Bundeswasserstraßen auf ihren technischen Zustand gemäß ihrer Klassifikation und Zertifizierung zu kontrollieren und die entsprechende Ausrüstung an Bord der Schiffe zu überprüfen?
85. Abgeordneter
Uwe Schmidt
(SPD)
- Wie werden nach Kenntnis der Bundesregierung die Befähigung der Crew an Bord eines Schiffes und die entsprechenden Notfallpläne in den seewärtigen Zufahrten sowie auf den nationalen Bundeswasserstraßen von den Aufsichtsbehörden kontrolliert?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und nukleare Sicherheit**

86. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Erwägungsgründe haben innerhalb der Bundesregierung zu der Entscheidung geführt, dass das Themenfeld „Klimaschutz“ in keiner der Ressortbezeichnungen der Bundesministerien auftaucht, und welches Ressort ist für das Thema zuständig?
87. Abgeordneter
Axel E. Fischer
(**Karlsruhe-Land**)
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung Meldungen bestätigen, wonach zumindest ein Teil der Messstationen, an denen in der jüngeren Vergangenheit erhöhte Stickoxidbelastungen gemessen wurden, den für Messstationen geltenden Vorschriften des BImSchG (www.gesetze-im-internet.de/bimschv_39/anlage_3.html) nicht genügt (vgl. z. B. www.merkur.de/wirtschaft/schadstoffwerte-in-muenchen-sind-messtationen-falsch-platziert-9671855.html), und wenn ja, welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um zumindest zukünftig die regelkonforme Erhebung solcher Messwerte zu gewährleisten?
88. Abgeordneter
Steffen Kotré
(AfD)
- Für wie belastbar und wissenschaftlich seriös hält die Bundesregierung die Studie des Umweltbundesamts zu Folgen der Stickoxidbelastung, wonach sich für das Jahr 2014 statistisch etwa 6 000 vorzeitige Todesfälle aufgrund von Herz-Kreislauf-Erkrankungen auf die NO₂-Hintergrundbelastung im ländlichen und städtischen Raum zurückführen lassen, und wie sieht die Bundesregierung die Zweifel und Kritik von Wissenschaftlern an den Methoden dieser Studie (DIE WELT vom 9. März 2018 „Wie tödlich ist der Diesel?“)?
89. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung darüber, dass ein Experte seine Beteiligung am Abschlussbericht zum Wiederanfahren des Atomkraftwerks Fessenheim 2 verweigert haben soll, weil er die Entscheidung für ein Wiederanfahren nicht mittragen wollte (vgl. Badische Zeitung vom 13. März 2018 „Fessenheim 2 geht wieder ans Netz“, online unter www.badische-zeitung.de/suedwest-1/fessenheim-2-geht-wieder-ans-netz--

150343843.html), und welche weiteren Schritte will die Bundesregierung in diesem Zusammenhang unternehmen?

90. Abgeordneter
Harald Ebner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wird das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit mit seiner neuen Bundesministerin Svenja Schulze die von der bisherigen Bundesumweltministerin Dr. Barbara Hendricks öffentlich erklärte Unterstützung für den Regulierungsvorschlag der EU-Kommission bezüglich eines Freilandverbots für die Neonikotinoide Imidacloprid, Clothianidin und Thiamethoxam in der aktuell vorliegenden Fassung fortführen (vgl. <https://de.reuters.com/article/deutschland-pestizide-hendricks-idDEKBN1E60PS>) und ein „Ja“ der Bundesregierung zu diesem oder einem neuen Vorschlag mit gleicher Zielrichtung in der Ressortabstimmung der Bundesregierung einfordern?

91. Abgeordnete
Steffi Lemke
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung die flächendeckenden Funde von Mikroplastik in Binnengewässern der bundesländerübergreifenden Untersuchungen in Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz (www4.lubw.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/274206/), und welche Konsequenzen ergeben sich daraus u. a. für die Positionierung der Bundesregierung bei der Frage, ob Mikroplastik in Kosmetikprodukten in Deutschland verboten werden sollte – insbesondere unter Berücksichtigung der Tatsache, dass ein mit den Herstellern vereinbarter freiwilliger Verzicht von Mikroplastik in Kosmetikprodukten bisher nicht die erhoffte Wirkung erzielt hat (https://corporate.codecheck.info/wp-content/uploads/2016/10/Codecheck_Mikroplastikstudie_2016.pdf)?

92. Abgeordnete
Dr. Bettina Hoffmann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Auswirkungen der flächendeckenden Funde von Mikroplastik in deutschen Binnengewässern (www4.lubw.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/274206/) auf Umwelt, Gesundheit von Menschen und Ökosysteme vor, und welche Maßnahmen hat

die Bundesregierung bereits ergriffen bzw. sind geplant, um den Eintrag von Mikroplastik in die Ökosysteme zu verhindern?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

93. Abgeordneter
Dr. h. c. Thomas Sattelberger
(FDP)
- Wie erklärt sich die Bundesregierung den Befund im Jahresgutachten 2018 der Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI), wonach Deutschland – trotz Jahren intensiver Beschäftigung mit dem Thema „Industrie 4.0“ seit 2011 – mittlerweile bei den transnationalen Patenten auf dem Feld autonomer industrieller Produktionssysteme deutlich hinter den USA und Japan liegt (vgl. EFI-Jahresgutachten 2018, S. 79, Abbildung B 3-9) und China heute schon in ähnlichen IPC-Patentklassen wie Deutschland aktiv ist (vgl. Präsentation des EFI-Jahresgutachtens am 1. März 2018), und was will die Bundesregierung künftig – jenseits von Industrie-4.0-Rhetorik – tun, um Deutschland bei autonomen industriellen Produktionssystemen an die Weltspitze zu führen?
94. Abgeordneter
Dr. h. c. Thomas Sattelberger
(FDP)
- Wie steht die Bundesregierung zum Vorschlag der Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI), eine Agentur für radikale Innovation ins Leben zu rufen, und zu der Forderung, diese agil auszugestalten, das heißt, sie auf jeden Fall „außerhalb bestehender EU-Strukturen“ zu konzipieren (vgl. EFI-Presskonferenz am 28. Februar 2018) und sie mit einem „außerordentlich hohen Maß an Unabhängigkeit von politischer Steuerung und Kontrolle sowie großer Flexibilität beim Management ihrer Programme“ auszustatten (vgl. EFI-Jahresgutachten 2018, S. 62), um so sicherzustellen, dass diese neue Agentur nicht von vornherein in Bürokratie erstarrt?

95. Abgeordnete
Renate Künast
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung in dieser Legislaturperiode, um ethische Standards in der Entwicklung Künstlicher Intelligenz zu setzen und Diskriminierung bei algorithmusbasierten Anwendungen zu verhindern?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

96. Abgeordnete
**Eva-Maria
Elisabeth
Schreiber**
(DIE LINKE.)
- Ist der Bundesregierung bekannt, dass die afrikanische Seite das vom Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller initiierte Projekt eines sogenannten Marshall-Plans für Afrika bereits als überholt verworfen und abgelehnt hat, und wie passt es zum angeblichen „Agieren auf Augenhöhe“ (www.general-anzeiger-bonn.de/news/politik/deutschland/%E2%80%9EDas-ist-Mord%E2%80%9C-article-3512425.html), dass das Konzept sich trotzdem im Koalitionsvertrag wiederfindet?
97. Abgeordnete
**Eva-Maria
Elisabeth
Schreiber**
(DIE LINKE.)
- Mit welchem aus dem Entwicklungsetat finanzierten Maßnahmenbündel will der Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller die Rückführung von Flüchtlingen verstärken (www.csu.de/aktuell/meldungen/maerz-2018/rueckfuehrungen-verstaerken/), und inwiefern plant die Bundesregierung, wirtschaftliche und entwicklungspolitische Kooperationen mit Herkunftsländern auch an die Bereitschaft dieser Länder zu binden, sich aktiv an Rückführmaßnahmen zu beteiligen – wie dies etwa im Fall von Ghana und der mit Ghana geplanten Reformpartnerschaft der Fall zu sein scheint (www.24matins.de/topnews/pol/berlin-und-accra-arbeiten-an-rueckfuehrungs-mechanismus-fuer-nicht-asylberechtigte-79587/)?
98. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Schuldenreport 2018, in dem festgestellt wird, dass die weltweite Verschuldung rasant ansteigt (<http://erlassjahr.de/wordpress/wp-content/uploads/2018/03/Schuldenreport-2018.pdf>), und welche Haltung vertritt die Bundesregierung in Bezug auf die Tatsache, dass die tansanische Regierung von der internationalen Gemeinschaft zur Versorgung von Flüchtlingen aus den Nachbar-

staaten keine zusätzlichen Mittel oder Schuldenerleichterungen in Aussicht gestellt bekam, sondern unter Druck gesetzt wurde, Kredite und Darlehen in Höhe von 100 Mio. Dollar aufzunehmen (<http://foreignpolicy.com/2018/02/21/dont-make-african-nations-borrow-money-to-support-refugees/>)?

99. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Durch welche konkreten Maßnahmen will die Bundesregierung verhindern, dass die G20 Global Compacts nicht, wie von Experten befürchtet, das Verschuldungsrisiko von Entwicklungsländern weiter erhöht (<http://erlassjahr.de/wordpress/wp-content/uploads/2018/03/Schuldenreport-2018.pdf>), und inwiefern war das Thema Verschuldung Gegenstand des G20-Finanzministertreffens vom 19. bis 20. März 2018 in Buenos Aires?

100. Abgeordneter
Ottmar von Holtz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Gründe nannte das aus dem Textilbündnis ausgetretene Unternehmen für den Austritt (s. Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Hans-Joachim Fuchtel auf meine Mündliche Frage 79, Plenarprotokoll 19/16 „In jüngster Zeit kam es lediglich in einem Fall zum Austritt eines Unternehmens aus dem Bündnis für nachhaltige Textilien.“), und wie hoch genau ist die Marktabdeckung des deutschen Textileinzelhandelsmarkts durch das Bündnis seit dem Austritt?

